

1 ½ Jahre Oranienplatz Eine Protestbewegung lässt sich nicht räumen

Der 8. April 2014 – Tag der Räumung des Protestcamps am Oranienplatz – ist ein trauriger Höhepunkt der Zerstörung von Strukturen unserer Protestbewegung. Das internationale Widerstandssymbol Oranienplatz wurde gebrochen. Die Anlaufstelle Oranienplatz, die so viele Menschen in unterschiedlichen Situationen empowert und ermutigt hat, ist verkleinert worden.

Möglich wurde diese Zerstörung durch eine Spaltung innerhalb unserer Bewegung. Die Spaltung wurde seit Sommer 2013 immer sichtbarer auf dem Oranienplatz und fand am Ende der 3 monatigen Verhandlungen mit dem Berliner Senat im Frühjahr 2014 einen besonderen Höhepunkt.

Von einer friedlichen und freiwilligen Räumung des Platzes kann nicht die Rede sein. Sowohl Geflüchtete als auch Unterstützer*innen wurden im Vorfeld der Räumung bedroht, bei der Räumung angegriffen und verletzt, von anderen Geflüchteten und der Polizei. Dies wurde bewusst angestachelt und provoziert vom Berliner Senat.

Unmittelbar nach der Räumung traten mehrere Menschen auf dem Oranienplatz in Hungerstreik als Zeichen gegen die Spaltungspolitik des Senats, für einen richtigen Info-Punkt, für den Fortbestand der besetzten Schule als selbstorganisiertes Zentrum von Geflüchteten und für einen Aufenthaltstitel aller Protestierenden nach § 23. Es gelang die einseitige breite Öffentlichkeit, die die Räumung als politische 'Meisterleistung' von Senatorin Kolat feierte, zumindest zu stören.

Zur Räumung durch die Zerstörung und Spaltung auf dem Oranienplatz haben viele Gründe geführt. Am Ende ist unsere Bewegung jedoch nicht, auch weil der Oranienplatz nicht das alleinige Zentrum des Protests ist. Proteste die das Camp am Oranienplatz hervorgebracht hat werden weiter gehen. Neue Formen und Wege des Protest entstanden und entstehen ununterbrochen. Eine Diskussion über den Zustand, die Fehler und die Angriffe auf die Bewegung, ist sehr wichtig auch für die kommenden Kämpfe. Dieser Text ist ein Beitrag zu einer breiten Diskussion.

Verhandlungen mit dem Berliner Senat

Es gibt sehr viele Menschen, die auf dem Oranienplatz gekämpft und gelebt haben. Die Verhandlungen mit dem Berliner Senat im Frühjahr 2014 haben viele von uns als Chance betrachtet Teile der Forderungen durchzusetzen und unsere eigenen Lebenssituationen zu verbessern. Viele Protestierende wurden im Verhandlungsprozess aber auch bis zum Schluss außen vor gelassen.

Trotz berechtigter Skepsis an den Verhandlungen, wurde dem Senat von fast allen Seiten der Protestierenden immer wieder zugearbeitet und Lösungen aufgezeigt. Da der Innensenator Henkel (CDU) und Bürgermeister Wowereit (SPD) nicht bereit waren einen politischen Schritt auf die Protestierenden zuzugehen, hat sich der Senat unter der Verhandlungsführerin, Arbeitssenatorin Kolat (SPD), dazu entschieden zu spalten und eine Zustimmung zum Senatsangebot von 80%, die niemals bestand, in der Öffentlichkeit zu verkünden. Geflüchtete wurden damit gegeneinander gestellt. Die reale Zustimmung zum Senatsangebot sollte erst nach dessen öffentlicher Verkündung über massiven Druck erzwungen werden. Ein gemeinsamer Entscheidungs- und Diskussionsprozess unter den

Protestierenden war zu diesem Zeitpunkt unmöglich geworden. Es entstand eine Polarisierung, bei der es nicht mehr um die Inhalte des Angebots ging.

Das Papier enthält hauptsächlich Vorschläge wie eine „umfassende Einzelfallprüfung“, die allen Beteiligten des Protests sowieso zugestanden hätte. Neben einem kurzzeitigen Schlafplatz in alten und neu geschaffenen Lagern, eingeschränkter Essensversorgung, enthält das Angebot des Senats keinerlei Sicherheiten für die Protestierenden und lässt völlig offen was im Einzelfall passiert. Das politische Zugeständnis, neben der Anerkennung von Geflüchteten als Verhandlungspartner, ist die Zuständigkeitserklärung von Berlin für die Asylverfahren der Protestierenden. Damit ist sowohl die willkürliche Verteilungsregelung von Geflüchteten auf alle Bundesländer als auch die Residenzpflicht im Kern außer Kraft gesetzt. Aber es zeichnet sich bereits ab, dass nicht einmal die Umverteilung nach Berlin für alle Protestierenden erreicht wird. Daran können auch 15 neue, vom Senat bezahlte, Berater*innen nichts ändern.

Trotzdem haben einzelne von uns die berechtigte Hoffnung, dass in einigen Fällen die Chancen, irgendwann einen Aufenthalt in Deutschland zu bekommen, ein bisschen größer sind als ohne das Angebot des Senats. Dieser Umstand rechtfertigt allerdings in keinem Moment den zerstörerischen Umgang mit der Bewegung.

Der steinige Weg unserer Bewegung

Wichtigster Ausdruck der Bewegung sind die unzähligen verschiedensten Aktionen und gemeinsamen Kämpfe, die aus unserer Bewegung entstanden sind, die so viel Öffentlichkeit erreicht haben und Gedanken vieler Menschen verändern. Es sind viele konkrete Gemeinschaften und Freundschaften neu entstanden, die tagtäglich Grenzen überwinden, langfristig fortbestehen und sich im Widerstand gegen die bestehende Migrations- und Asylpolitik bestärken.

Die Verhandlungen mit und die Spaltung durch den Senat sind hingegen kein Höhepunkt der Bewegung. Trotzdem sind sie ein Ausgangspunkt dieses Textes, da sie einen tiefen Einschnitt in die Bewegung bedeuten und eine wichtige Vorgeschichte haben.

Einer der Umbrüche, der eine wichtige Rolle bei der Spaltung der Protestbewegung am Oranienplatz gespielt hat, ist die Entstehung vom Bezugspunkt 'Lampedusa in Berlin'. Seit Beginn des Protests am Oranienplatz, Oktober 2012, sind Geflüchtete beteiligt, die über Lampedusa nach Deutschland gekommen sind und italienische Papiere haben mit denen sie als Touristen nach Deutschland reisen dürfen, aber hier keine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung und keine Sozialgelder bekommen können.

Im Frühjahr 2013 sind mehr Menschen mit diesem Status und den Erfahrungen von Lampedusa auf dem Oranienplatz angekommen. In einem langsamen Prozess bis in den Sommer 2013 hinein bildete sich der Zusammenhang 'Lampedusa in Berlin'. Es gab Auseinandersetzung um die Ausrichtung vom Protest des Oranienplatzes als Ganzem, da neben den Lampedusa-Flüchtlingen mit Flüchtlingsstatus in Italien viele der dortigen Protestierenden im Asylverfahren in Deutschland sind und gegen die Bedingungen des deutschen Asylsystems protestieren. Der Fokus lag vor allem auf der Abschaffung der Lagerunterbringung, der Residenzpflicht und dem Kampf gegen Abschiebungen. 'Lampedusa in Berlin' stellte das Recht auf einen Aufenthalt und eine Arbeitserlaubnis in den Mittelpunkt. Beide Ausrichtungen sind eng miteinander verbunden und beziehen sich auf das selbe Asylsystem in Deutschland und der EU. Im gesamten Jahr 2013 wurden viele Aktionen gemeinsam geplant. Auch die Forderungen wurden verbunden: Neben den

bestehenden Forderungen nach 1. Abschaffung der Residenzpflicht, 2. Abschaffung der Lagerpflicht, 3. Stopp aller Abschiebungen, wurde 4. Arbeitserlaubnis und Zugang zu Bildung und Wohnen, von allen gemeinsam vertreten.

Trotzdem haben sich im Sommer 2013 Konflikte auf dem Oranienplatz zugespitzt. Nach dem Beispiel 'Lampedusa in Hamburg' vertraten einige die Meinung, dass ein alleiniger Protest als 'Lampedusa in Berlin' effektiver ist, als ein gemeinsamer Protest gegen das Asylsystem als Ganzem. Auf der Seite der Menschen, die im Asylverfahren in Deutschland stecken wurde die Ablehnung der primären Forderung nach Arbeitserlaubnis ebenfalls stärker. Die Konflikte wurden – auch aufgrund der existentiellen Situation aller Beteiligten – sehr heftig ausgetragen. Darunter litt die Organisationsstruktur und viele Beteiligte zogen sich im Sommer 2013 zurück.

Die Grünen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg unter der Federführung von Bürgermeisterin Monika Herrman versuchten schamlos diese Situation auszunutzen. Besonders nach der großen Öffentlichkeit um den Tod von 336 Menschen am 3. Oktober 2013 vor Lampedusa, begannen sie Verhandlungen mit einigen wenigen der Gruppe 'Lampedusa in Berlin' über das Verlassen vom Oranienplatz und den Umzug in ein Winterquartier. Der Umzug von über 100 Menschen fand am 24. November 2013 statt, die Konflikte innerhalb der Bewegung wurden verstärkt, aber die Räumung vom Oranienplatz wurde durch breite Proteste verhindert.

Instrumentalisierungsvorwurf um alte Bilder zu stärken

Die Grünen, in der Hoffnung auf einen leeren Oranienplatz, fingen rund um den November 2013 an, immer wieder von Instrumentalisierung der Refugees durch Unterstützer*innen zu sprechen. Dazu wurden Geflüchtete, die auf ihren Forderungen nach einer grundlegenden Änderungen des Asylsystems beharrten, als einzelne Antreiber*innen und Hardliner diffamiert. Es durfte nur noch das Bild der hilfsbedürftigen Flüchtlinge, die humanitäre Hilfe und einen Schlafplatz brauchen, bestehen bleiben. Diese Vorlage nahm die Presse fast einheitlich auf und verweigerte meist jegliche Gegendarstellung. Auch der Senat aus SPD und CDU, während der Verhandlungen und Räumung im Frühjahr 2014, schlug immer wieder in dieselbe Kerbe. Schuldige für die dramatische Situation auf dem Oranienplatz waren gefunden: „Unterstützer*innen die mit dem Staat abrechnen wollen“. Die selbstbewussten Geflüchteten vom Protest wurden in der Öffentlichkeit wieder zu entmündigten hilflosen Opfern. Die öffentliche Ordnung pendelte zurück in gewohnt rassistische Bahnen und Bilder. Dem Bedürfnis nach 'Normalität' entspricht auch die direkte Rollrasen-Verlegung auf dem Oranienplatz nach der Räumung des Camps.

Doch die Protestbewegung rund um den Oranienplatz und die besetzte Schule ist bis Heute so stark und vielfältig, dass es selbst im Frühjahr 2014, bei Verkündigung der „Einigung Oranienplatz“, der kurzzeitig bestehenden Querfront zwischen Grünen, SPD, CDU und Medien nicht gelungen ist, ihre Version des Geschehens bruchlos durchzusetzen.

Die Stärke der Bewegung entsteht u.a. durch ihre Breite, ihre Entschlossenheit und Selbstreflexionen. Dabei entstanden und entstehen viele Kämpfe gegen Dominanz und Vereinnahmung, gegen Rassismus und Sexismus in den eigenen Strukturen. Die Auseinandersetzung damit ist extrem wichtig, hat zu vielen Konflikten und zu Spaltungen geführt und muss noch viel mehr passieren. Aber diese Auseinandersetzungen haben nichts mit dem Instrumentalisierungsvorwurf aus der Parteipolitik zu tun.

Kein Anfang und kein Ende

Menschen kommen weiterhin aus verschiedenen Ländern, die von Krieg und Armut zerstört sind und von Menschenrechtsverletzungen betroffen sind. Und alle wissen, dass Deutschland eines der europäischen Länder ist, die die Waffen und Politik produzieren, die Menschen zur Flucht zwingen.

Sowie unser Protest vom Oranienplatz seine Wurzeln und seine Stärke aus den vielen Kämpfen, in den Jahre vor der Ankunft des Protestmarschs aus Würzburg in Berlin gewonnen hat, so wird auch nach der Räumung am 8. April 2014 vieles weitergehen. Unsere politischen Gegner können das Wachstum unseres Widerstands nicht aufhalten.

Zu diesem Zeitpunkt sind viele von uns zu Fuß auf dem Weg nach Brüssel. Gestartet vor den EU-Parlamentswahlen am 20. Mai 2014 in Straßburg hin zum Gipfel des Europäischen Rates am 26./27. Juni in Brüssel. Die Vernetzung und Organisierung über nationale Grenzen hinweg stellt die Bewegung vor extreme Herausforderungen und sie ist bisher nicht mehr als ein Anfang mit vielen Hoffnungen. Aber sie ist notwendig, weil eine Veränderung der ausgrenzenden Politik gegen Geflüchtete auf allen Ebenen stattfinden muss – von der lokalen bis zur globalen Ebene. Ein Verweis der politisch Verantwortlichen auf die jeweils andere Ebene der Politik ist nicht mehr möglich. Unser Widerstand ist überall - Oranienplatz ist überall.

Menschen aus der Protestbewegung rund um den Oranienplatz.

Der Text ist aus gemeinsamen Diskussionen über die Bewegung entstanden. Wir sind seit Beginn der Besetzung des Oranienplatz 2012 dabei. Wir sind Menschen mit ungesichertem und gesichertem Aufenthaltsstatus.

Weitere Infos unter:

www.refugeestrikeberlin.net

<http://freedomnotfrontex.noblogs.org>